Punks in Wien: Die "Pankahyttn" kommt in den 15. Bezirk. Oder?

Seit mehr als 2 Jahren verhandelte die "Initiative Pankahyttn" mit dem Fonds Soziales Wien um ein Haus, um ihr Kultur-, Wohn- und Sozialprojekt zu verwirklichen – und besetzte in der Zwischenzeit ein Haus nach dem anderen. Der Kompromiss ist nun ein Haus in Rudolfsheim-Fünfhaus in der Johnstrasse 45 mit Platz für 30 Menschen. FPÖ und ÖVP hetzen dagegen, die Bezirks-SPÖ musste erst von der Wiener SPÖ "überzeugt" werden.

Seit mehr als 2 Jahren verhandelte die "Initiative Pankahyttn" mit dem Fonds Soziales Wien um ein Haus, um ihr Kultur-, Wohn- und Sozialprojekt zu verwirklichen – und besetzte in der Zwischenzeit ein Haus nach dem anderen. Der Kompromiss ist nun ein Haus in Rudolfsheim-Fünfhaus in der Johnstrasse 45 mit Platz für 30 Menschen, einem offiziellen Veranstaltungsverbot und einer mit rund um die Uhr von SozialarbeiterInnen besetzten Anlaufstelle vor Ort. Die SozialarbeiterInnen sind Ansprechspersonen sowohl für die Punks als auch für die AnrainerInnen. Laut Zusage können die Mitglieder der Initiative Pankahyttn vor Weihnachten in das Haus einziehen.

Die Bezirks-SPÖ unterstützte eine FP-Anfrage im Juni, eine Pankahyttn im 15. Bezirk unbedingt zu verhindern und wollte zu einer gemeinsamen Linie aller Bezirksparteien gegen den Standort kommen. Die Grünen lehnten das ab, außer es wird ein mindestens gleich gutes Haus im Einverständnis der Punks im 15. Bezirk angeboten. Die Bezirks-SP wurde indes von den eigenen GenossInnen im Rathaus vor vollendete Tatsachen gestellt. Trotzige Reaktion: Ablehnung der Pankahyttn in der Johnstrasse. Mit medialer Begleitinszenierung in der "Kronen Zeitung" verstieg sich die Bezirks-SP sogar zum Sammeln von Unterschriften gegen den Standort (und damit auch gegen die eigene Fraktion im Rathaus). Es kam, wie es kommen musste: nach einem Machtwort aus dem Rathaus musste die Bezirks-SP klein beigeben.

Doch FPÖ und ÖVP hetzen weiter gegen das Projekt. Viele AnrainerInnen vor Ort sind wütend und verunsichert. Was für ein toller Start für diese Initiative! Die Grünen im 15. Bezirk führten mit den Punks der Initiative Gespräche über

Unterstützungsmöglichkeiten. Sie fordern dringendst, die AnrainerInnen über das konkrete Wohnprojekt zu informieren. Die Punks sind bereit, es vorzustellen, es fragt sie nur niemand.

Sitzungshighlights

Unter Anwesenheit von aufgebrachten AnrainerInnen ergeht sich die FPÖ bei der Bezirksvertretungssitzung, unterstützt von der ÖVP, in widerliche Kampfrhetorik und vergleicht z.B. das Wohnprojekt mit der Gefährlichkeit eines Atomkraftwerks und unterstellt SozialarbeiterInnen, sich ihre eigene Klienten "zu züchten", um ihren Job zu behalten. Herhalten müssen viele üble und noch üblere "Argumente": von Ebergassing bis Sachbeschädigungen, von "alle betteln und niemand arbeitet" bis Kampfhunde, die Kinder gefährdeten.

Die SPÖ hält sich bedeckt und muss offensichtlich die Entscheidung der eigenen Partei erst verkraften.

Gleichzeitig wird bei der Sitzung bekannt gegeben, dass die Sozialanträge der Grünen von der Stadt Wien abgelehnt wurden. Sie wollen eine niederschwellige Beratungsstelle für SexarbeiterInnen und zumindest 50.000 Euro für die außerschulische Jugendbetreuung. Der 15. ist der ärmste Bezirk von Wien (niedrigste Einkommen, geringste Kaufkraft, größter MigrantInnenanteil) und es gibt genügend soziale Probleme. Immer mehr, immer jüngere SexarbeiterInnen und zunehmende Probleme im engen, öffentlichen Raum unter den Gruppierungen. Viel Ärger über diese Fehlentwicklungen im Bezirk bekommen jetzt die Punks bei einigen BewohnerInnen zu spüren.

Wie geht es weiter?

Der grüne Antrag für eine Informationsveranstaltung mit AnrainerInnen und BewohnerInnen der Initiative zum bevorstehenden Wohnprojekt in der Johnstrasse wurde ebenfalls von der Bezirks-SPÖ abgelehnt. Im Antrag kommt das Wort Pankahyttn vor, und in der SPÖ darf nur mehr vom "betreuten Wohnheim für jugendliche Erwachsene" gesprochen werden. Zumindest gibt es jetzt eine erste Veranstaltung zum Thema "Betreutes Wohnen für junge Erwachsene":

Für den 28.11. war eine Informationsveranstaltung von der FPÖ angekündigt. Nun ist aus den Medien zu erfahren, dass FPÖ und ÖVP an diesem Tag eine Demo gegen das Wohnprojekt vor Ort veranstalten werden.

Fast bin ich froh, dass gerade Winter ist und sich vielleicht dadurch die Menschen nicht so sehr "mobilisieren" lassen, aber wer weiss.

Es kann nicht das entscheidende Argument sein, dass diejenigen BewohnerInnen im 15., die täglich mit Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Vereinsamung usw. hadern, sich weniger Solidarität "leisten" können, als WinerInnen in besserer sozialer Lage. Die Prinzipien bleiben gleich und die Vision auch: eine andere, gerechte Gesellschaft.

Birgit Hebein (Die Autorin ist Grünen-Klubobfrau im 15. Bezirk)